

**Protokoll
über die 38. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Schule am 11.07.2007**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:35 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Jähmig, Claus Jürgen Fraktion Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Lederer, Walter Fraktion DIE LINKE
Meslien, Daniel SPD-Fraktion
Schroth, Dietmar Fraktion DIE LINKE

stellvertretende Mitglieder

Bemmann, Annegret SPD-Fraktion
Haverland, Torsten CDU-Fraktion und Liberale

Verwaltung

Funk, Ingo
Joachim, Martina
Junghans, Hermann
Schwabe, Marita
Seifert, Frank
Seifert, Heike
Staroske, Anja

Schriftführer

Credé, Norbert

Gäste

Kühl
Lienau, Gerhard
Steinmüller, Rolf Fraktion Unabhängige Bürger

Leitung: Claus Jürgen Jähmig

Schriftführer: Norbert Credé

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 37. Sitzung vom 13.06.2007 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
 - 3.1. Stand Ganztagschulprogramm
 - 3.2. Stadtteiltreff Krebsförden
 - 3.3. Neubau einer Schwimmhalle am Sieben-Seen-Sportpark
 - 3.4. Aufstellung von Bänken am Südufer des Lankower Sees
 - 3.5. Weitere Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Ausgliederung des Bereichs Sportanlagen des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit in den Eigenbetrieb SDS- Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen (HAKO Maßnahme)
Vorlage: 00835/2005
 - 4.2. Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner Musikschulen für die Jahre 2007 bis 2010
Vorlage: 01546/2007
 - 4.3. Zuschuss an die FIT Freizeit-Infrastruktur- und Tourismus Schwerin GmbH zur weiteren Bereitstellung und Gestaltung von Angeboten in dem Bereich Freizeit und Erholung
Vorlage: 01647/2007
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 5.1. Verträge Sportvereine
Vorlage: 01524/2007
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Ausschusses begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zugleich händigte er den Mitgliedern die in der letzten Sitzung gewünschte Information der Verwaltung zu den Kosten der Entwicklung einer bewirtschafteten Badestelle am Südufer des Lankower Sees aus.

Beschluss:

Der Vorsitzende bat den Ausschuss, TOP 4.3 vorzuziehen und nach TOP 2 zu behandeln.

Der Ausschuss stimmte zu und beschloss die geänderte Tagesordnung einstimmig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 37. Sitzung vom 13.06.2007 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Niederschrift der 37. Sitzung vom 13.06.2007 wurde im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Teil ohne Diskussion bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 3.1 **Stand Ganztagsschulprogramm**

Bemerkungen:

Frau **Seifert** berichtete, dass grundsätzlich Konsens über das Bauprogramm bestehe und eine Kostenschätzung des ZGM vorliege, die sich auf ca. 5,65 Mio. Euro beliefe und damit um rund 1,15 Mio. Euro über dem geplanten Kostenrahmen liege.

Auf der Basis eines Prioritätenvorschlags des ZGM sei der derzeitige Stand der Abstimmung, die Gebäudehüllen zunächst unsaniert zu lassen, dagegen aber das Raumprogramm (Sanierung der Räume, technische Ausstattung usw.) in vollem Umfang umzusetzen.

Auf Nachfrage von Herrn **Jähning** informierte Frau **Seifert**, dass das ZGM unter Einbindung der planenden Architekten und Beteiligung des Amtes die Federführung inne habe. Für die Siemens-Schule sei das Projekt bereits eingereicht, für die Holgersson-Schule werde dies demnächst geschehen, so dass nicht zu erwarten sei, dass aufgrund zeitlicher Verzögerungen Fördermittel verloren gingen.

zu 3.2 **Stadtteiltreff Krebsförden**

Bemerkungen:

Frau **Seifert** informierte über den Stand der Einrichtung eines Stadtteilzentrums in Krebsförden, mit dem die jetzigen Angebote der Caritas und der Diakonie erhalten würden. Bei der Caritas sei die zukünftige Finanzierung sichergestellt, nicht so bei der Diakonie. Man habe aber in Gesprächen mit dem Ortsbeirat, dem Schulträger der Neumühler Schule und der Caritas eine Lösung gefunden und werde den Stadtteiltreff in die ehemalige Kita in der Gillhoff-Straße verlegen. Dann ständen die jetzt genutzten Pavillons voll und ganz der Neumühler Schule zur Verfügung. Das ZGM habe bereits mit der baulichen Herrichtung des Stadtteilzentrums begonnen.

Das von der Diakonie aufgebaute Netzwerk ehrenamtlicher Arbeit werde in das neue Stadtteilzentrum integriert, so dass Angebote für alle Altersgruppen bereitstünden. Ein entsprechendes Konzept werde von den Kooperationspartnern wohl noch diesen Monat vorgelegt.

zu 3.3 **Neubau einer Schwimmhalle am Sieben-Seen-Sportpark**

Bemerkungen:

Herr **Junghans** betonte, dass der Neubau einer wettkampftauglichen Halle mit moderner Technik zu effektiven Einsparungen im laufenden Betrieb führe und zudem voraussichtlich kostengünstiger sei als die Sanierung der beiden alten Schwimmhallen. Er erwarte darüber hinaus Synergieeffekte mit dem 7-Seen-Sportcenter, die einen höheren Kostendeckungsgrad bewirken würden. Allerdings verwies er auf die noch ausstehende Entscheidung des Innenministeriums, die Voraussetzung für konkrete Planungen und Berechnungen sei.

Der Ausschuss erteilte Herrn **Steinmüller** (Unabhängige Bürger) das Wort, der die Terminsetzung 30. September und einen deswegen von ihm gestellten

Prüfantrag hinsichtlich Erhalt oder Abbruch der beiden bestehenden Schwimmhallen ansprach. Er verwies auf das beschlossene Sportentwicklungskonzept, in dem die Schwimmhallen nicht mehr enthalten seien. Er vermisste eine fundierte Kosten-Nutzen-Rechnung im Hinblick auf Neubau bzw. Rekonstruktion.

Herr **Junghans** verwies erneut auf die laufende Prüfung im Innenministerium, die entscheide, welche Investitionen Schwerin sich werde leisten können. Eine Privatisierung würde die Situation bei den bestehenden Hallen nicht wesentlich ändern, er erwarte deshalb keine Alternative zum Neubauvorhaben, das zudem voraussichtlich kostengünstiger sei als der Umbau oder eine Erweiterung der jetzigen Schwimmhallen.

Dem widersprach Herr **Steinmüller**, die Hallen seien baulich intakt und eine Modernisierung würde nach seinen Informationen pro Halle ca. 2,5 Mio. Euro kosten. Ein Neubau einschließlich Abbruch der alten Hallen erfordere etwa 5,6 Mio. Euro; die Differenz sei also nicht sonderlich groß.

Herr **Junghans** betonte die erforderliche Berücksichtigung der Betriebskosten eines Hallenbades bei solchen Berechnungen. Unter dieser Perspektive sehe er in der Rekonstruktion der alten Hallen keine Alternative zu einem Neubau.

Herr **Haverland** sprach die Bedeutung der Hallen für den Schulsport und die Notwendigkeit, ausreichende Schwimmhallenkapazitäten vorzuhalten, an. Das Angebot müsse allerdings finanzierbar bleiben, wozu auch eine vernünftige Energiebilanz gehöre. Er bat um Information über die konkreten Kosten.

Herr **Junghans** betonte, dass gegenwärtig noch keine Details genannt werden könnten. Er hoffe, dass die Verwaltung dem Ausschuss bald eine entsprechende Vorlage vorlegen könne. Ob dies aber, wie Herr **Jähnig** wünschte, zur nächsten Sitzung im September gelinge, könne er nicht zusagen, weil noch die Entscheidung des Innenministers abzuwarten sei.

Herr **Jähnig** bemerkte abschließend, der Ausschuss lege großen Wert auf eine ernsthafte Prüfung möglicher Alternativen zu einem Neubau durch die Verwaltung.

zu 3.4 Aufstellung von Bänken am Südufer des Lankower Sees

Bemerkungen:

Herr **Junghans** informierte über die inzwischen erfolgte Aufstellung dreier rustikaler Holzbänke an der Badestelle Südufer Lankower See.

zu 3.5 Weitere Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Frau **Schwabe** informierte über eine mögliche Erweiterung der Öffnungszeiten des Freilichtmuseums Schwerin-Mueß, sah dazu aber unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen Handlungsspielraum. Die Winterschließung sei witterungsbedingt nicht zu vermeiden, zumal die meisten der

Ausstellungsgebäude nicht beheizbar seien und die Exponate zu ihrem Schutz im Winter ins Depot müssten. Auch das Personal könne die saisonbedingt anfallende Mehrarbeit nur in den Wintermonaten ausgleichen. Unabhängig davon fänden schon jetzt Gruppenführungen und Veranstaltungen im Rahmen der Möglichkeiten außerhalb der Öffnungszeiten und im Winter statt.

Herr **Junghans** teilte mit, dass den Bemühungen um eine Theaterfusion vom Landkreis Parchim nunmehr definitiv eine Absage erteilt worden sei. Bis 2009 (Bildung der Großkreise) sei damit keine Lösung mehr zu erwarten.

Herr **Junghans** berichtete, der Deutsche Fußballbund (DFB) wolle wie auch in anderen Städten in Schwerin Minispielplätze einrichten. Schweriner Vereine seien deswegen schon an den Stadtsportbund und die Stadt herangetreten. Bezüglich der Standorte wolle man sich mit dem Stadtsportbund abstimmen. Nach Auskunft von Frau **Joachim** handelt es sich dabei um Fußballspielplätze für Kinder und Jugendliche, etwa in Größe eines Volleyballfeldes, mit Kunstrasen und Bande versehen.

Herr **Junghans** wies abschließend auf die den Mitgliedern des Ausschusses ausgehändigte Schulstatistik hin.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 Ausgliederung des Bereichs Sportanlagen des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit in den Eigenbetrieb SDS- Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen (HAKO Maßnahme) Vorlage: 00835/2005

Bemerkungen:

Herr **Lederer** erklärte, der Vorlage nicht zustimmen zu wollen, weil er

1. hinsichtlich der Ausgründung städtischer Aufgaben bisher noch keinen Nachweis von Synergieeffekten habe finden können; er sehe eher Nachteile aufgrund der Auswirkungen auf die Budgets der Ämter, deren Spielräume dadurch kleiner würden;
2. das Votum zu der aufgerufenen Vorlage als erledigt ansehe, da eine Zuweisung der Sportanlagen an die SDS durch eine Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters schon erfolgt sei;
3. bei einem möglichen Verkauf städtischer Betriebe, der auch die SDS treffen könnte, nicht wisse, was dann mit den Sportplätzen geschehe;
4. zuvor wissen wolle, ob Auswirkungen der Umsetzung der Vorlage hinsichtlich der Nutzung der Sportstätten und im Fall von Beanstandungen unzureichender Pflege, ausreichend geprüft worden seien.

Frau **Seifert** verwies auf die der Vorlage zugrunde liegende HAKO-Maßnahme und betonte, dass es zur Ausgliederung der Sportstättenpflege an die SDS keine

Alternative gebe. Aufgrund der jetzigen Personalsituation (Mitarbeiterverluste, Haustarifvertrag, Teilzeitbeschäftigung) sei das Amt nicht mehr in der Lage, die Pflege zu gewährleisten. Darin habe auch der Grund für die im Übrigen bis 31.12.2007 befristete Organisationsverfügung des OB gelegen, da nur so die Lücke zu schließen gewesen sei. Zudem sei der SDS nur die Dienst- und Fachaufsicht übertragen, die Finanzierung bliebe beim Amt; auch das Eigentum an den Sportstätten bleibe von der Auslagerung unberührt. Zudem sei die Maßnahme mit den Personalräten der Stadt wie der SDS abgestimmt, die betroffenen Mitarbeiter seien selbstverständlich eingebunden gewesen.

Beschluss:

Die Abstimmung ergab eine mehrheitliche Zustimmung zur Vorlage mit dem Beschlussvorschlag:

1. Dem Eigenbetrieb SDS – Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin werden zum 01.01.2008 die Aufgaben und Leistungen des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit, zur Verwaltung und Bewirtschaftung der Sportanlagen übertragen. (Anlage 1)
2. Das für die Aufgabendurchführung benötigte Personal wechselt zum Eigenbetrieb. (Anlage 2)
3. Das bewegliche Anlagevermögen wird in das Sondervermögen des Eigenbetriebes eingebracht. (Anlage 3)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

zu 4.2 Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner Musikschulen für die Jahre 2007 bis 2010 Vorlage: 01546/2007

Bemerkungen:

Dem Ausschuss lag zu diesem TOP eine an die Mitglieder verteilte schriftliche Stellungnahme der Musik- und Kunstschule „Ataraxia“ vor, die dem Protokoll angefügt ist.

Frau **Schwabe** stellte mittels einer visuellen Präsentation das Musikschulkonzept und dessen Erarbeitung vor. Sie begründete damit den im Konzept vorgeschlagenen Weg der Förderung in diesem Bereich.

Herr **Junghans** stellte fest, dass er zur Umsetzung der HAKO-Maßnahme keine andere als die vorgeschlagene Lösung empfehlen könne. Neue Strukturen im Musikschulbereich seien nur längerfristiger zu schaffen, beispielsweise mit der Kreisgebietsreform.

Herr **Meslien** bat um Information über die infolge der Zuschussreduzierung erforderlichen Personalmaßnahmen im Konservatorium. Frau **Schwabe** nannte

die Streichung von drei Stellen im gängigen Verfahren, die Stellen mit kw-Vermerk zu versehen, so dass die Stelleninhaber Aufgaben in anderen Einrichtungen wahrnehmen könnten. Da gäbe es im Kulturbüro wie auch außerhalb Möglichkeiten der Beschäftigung. Herr **Junghans** wies darauf hin, dass in vielen anderen Bereichen das Personal knapp sei und im Kulturbüro auch noch weitere Stellen frei würden.

Beschluss:

Abschließend bat der Vorsitzende um Abstimmung der Vorlage mit folgendem Beschlussvorschlag, die bei Stimmgleichheit abgelehnt wurde:

Das in der Anlage beigefügte Konzept zur weiteren Förderung und Entwicklung der Schweriner Musikschullandschaft wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	5

zu 4.3 Zuschuss an die FIT Freizeit-Infrastruktur- und Tourismus Schwerin GmbH zur weiteren Bereitstellung und Gestaltung von Angeboten in dem Bereich Freizeit und Erholung Vorlage: 01647/2007

Bemerkungen:

Herr **Meslien** bat um Konkretisierung der in der Beschlussvorlage genannten personalwirtschaftlichen Konsequenzen bei einer Nichtausreichung des Zuschusses.

Herr **Lienau** betonte, dass die Nichtausreichung der Zuschüsse wenn überhaupt nur durch Personalabbau kompensiert werden könne. Hier beständen aber rechtliche Bindungen, beispielsweise hätten eventuelle Kündigungen rechtzeitig ausgesprochen werden müssen.

Herr **Schroth** fragte, ob die Vorlage überwiegend das 7-Seen-Sportcenter oder die Schwimmhallen betreffe. Frau **Seifert** stellte dazu fest, dass die Stadt beide Schwimmhallen an die FIT GmbH abgegeben habe und der Zuschuss zum Betrieb erforderlich sei. Herr **Lienau** zeigte auf, dass die Kostendeckung der Schwimmhallen bei etwa 20 Prozent liege, die des 7-Seen-Sportcenters dagegen bei gut 80 Prozent. Der Zuschuss erfolge, um die Angebote im Bereich Freizeit und Erholung überhaupt vorhalten zu können. In Bezug auf die Aufteilung des Zuschusses erläuterte Herr **Lienau**, dass die FIT GmbH eine Kapitalgesellschaft sei und in der Jahresrechnung die Bezuschussung samt deren betriebsinterner Verteilung und Verwendung offen legen müsse. Die FIT GmbH werfe keinen Gewinn ab, man brauche auch 2008 den Zuschuss, um die Schwimmhallen

weiter betreiben zu können.

Beschluss:

Die anschließende Abstimmung ergab eine einstimmige Zustimmung zur Beschlussvorlage mit dem folgenden Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung stimmt, vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Haushalt 2008, der Ausreichung eines Zuwendungsbescheides in Höhe von 814.000,00 € an die FIT Freizeit-Infrastruktur- und Tourismus GmbH zur Bereitstellung von Angeboten im Bereich Freizeit und Erholung für das Haushaltsjahr 2008 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 5.1 Verträge Sportvereine Vorlage: 01524/2007

Bemerkungen:

Herr **Junghans** sprach eingangs die Förderrichtlinie des Landessportbunds an, die bei einer Zuwendung zu Aus- und Umbau von Sportanlagen eine vertraglich gesicherte folgende 25jährige Nutzungsdauer der Sportanlagen voraussetze, um überhaupt Fördermittel erlangen zu können. Diese Voraussetzung erfüllten die befristet abgeschlossenen Nutzungsverträge nicht mehr. Er sah eine Lösung entweder in der Änderung der Richtlinie oder im Abschluss unbefristeter Nutzungsvereinbarungen.

Frau **Joachim** berichtete, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften (WTL) der Vorlage mit der Änderung zugestimmt hätte, dass die bestehenden Verträge nicht pauschal, sondern nach Einzelfallprüfung verlängert werden sollten.

Herr **Haverland** stellte fest, dass der Landessportbund seine Förderrichtlinie gar nicht ändern könne, weil für das Land die Absicherung einer langfristigen Nutzung durch den Verein Bedingung der Förderung sei. Er bemängelte eine ungewöhnlich lange Dauer der Bearbeitung der Verträge in Schwerin, durch die den Vereinen Mittel entgehen könnten.

Frau **Joachim** verwies dazu auf die dem Ausschuss übergebene Vereinsliste, in der die Vereine und die Nutzungsdauer der Verträge angeführt seien. Am Beispiel des Schweriner Yacht-Clubs erläuterte sie, dass Einzelfallentscheidungen bereits getroffen würden.

Nach Verlesung des Beschlusses des Ausschusses WTL durch Herrn **Junghans** schlägt Herr **Jähnig** vor, die Änderung wortgleich zu übernehmen und die

Vorlage entsprechend zu beschließen.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Vorlage mit folgender Änderung einstimmig zu:

„Die Stadtvertretung möge beschließen, die anstehenden Miet-, Pacht- und Erbbaurechtsverträge mit Teilen der Schweriner Sportvereine **nach Einzelfallprüfung und -entscheidung** zügig zu verlängern“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr **Steinmüller** fragte nach der Finanzierung der Umsetzung des von der Stadtvertretung zustimmend zur Kenntnis genommenen Sportentwicklungskonzepts (SEK) und nach der Einbindung des Stadtsportbunds und der Vereine.

Herr **Junghans** wies darauf hin, dass mit der Umsetzung des SEK nicht mehr Mittel zur Verfügung ständen; es seien darin nur Maßnahmen angeführt, die über Sonderfinanzierungen durchgeführt werden sollen.

Herr **Haverland** informierte, dass vom Land Gelder für den Sportstättenbau bereitgestellt worden seien und bat die Stadt, die Vereine darüber in Kenntnis zu setzen und für eine Inanspruchnahme zu werben.

Herr **Schroth** sprach derzeit im Umlauf befindliche Gerüchte an, die von einer beabsichtigten Schließung des „Speichers“ wüssten und bat um Auskunft über den realen Gehalt dieser Gerüchte. Herr **Junghans** vermutete die Gerüchte als im Zusammenhang mit der Diskussion über den Umgang mit dem gesamten Gebäudekomplex stehend, in dem sich auch der Speicher befindet. Man sei auf der Suche nach Möglichkeiten der Entwicklung dieses Komplexes und nach einem Investor, das Konzept sei aber noch völlig offen. Die Federführung liege im Baudezernat. Denkbar wäre eine Mischung von Kultur und Gastronomie. Frau **Schwabe** erklärte, Ziel sei es, den Fortbestand des Speichers in seinen jetzigen Räumen zu sichern.

gez. Claus Jürgen Jähmig

Vorsitzende/r

gez. Norbert Credè

Protokollführer